

Schriftliche Anhörung
Enquetekommission III
Kommunalpolitisches Ehrenamt und politische Partizipation stärken
Enquetekommission „Subsidiarität und Partizipation. Zur Stärkung der (parlamentari-
schen) Demokratie im föderalen System aus nordrhein-westfälischer Perspektive“

**Gemeinsame Stellungnahme des Westfälisch-Lippischen
und des Rheinischen LandFrauenverbandes**

Die LandFrauenverbände in NRW greifen Themen der Frauen im ländlichen Raum aus verschiedensten Lebenssituationen und Arbeitsbereichen auf. Meinungsbildung entsteht im Austausch der Frauen untereinander bei Zusammenkünften jeder Art. Subsidiarität und Bürgerbeteiligung wird in den LandFrauenVerbänden gelebt.

Zu den Fragen:

1) [Wie beschreiben Sie die Situation von Menschen Ihrer Interessensgruppe, die sich kommunalpolitisch engagieren möchten und/oder kommunalpolitisch aktiv sind?](#)

LandFrauen kommen aus dem ländlichen Raum, sind verwurzelt in der Region mit dem großen Wunsch nach Bleibeperspektive. Es sind Frauen aller Alters- und Berufsgruppen, viele mit einem oder mehreren Ehrenämtern. Die Situation ist mitunter stressig und nervenaufreibend! Zeitdruck entsteht durch Familie, Beruf und die Wahrnehmung der Termine in Rat und Fraktion. Der hohe Zeitaufwand entsteht durch die meist komplexen Unterlagen zur Vorbereitung der Sitzungen, die oftmals sehr kurzfristig erst vorliegen.

Wer kandidiert bzw. kandidieren möchte, kandidiert als eigene Persönlichkeit, nicht als LandFrau. Wer gleichzeitig ein Ehrenamt im LandFrauenverband bekleidet, hat häufig ein Dilemma, da der LandFrauenverband überparteilich ist. Hier muss sich die LandFrau stets im Klaren darüber sein, welchen Hut sie gerade auf hat.

2) [Mit welchen Herausforderungen ist Ihre Interessensgruppe im Bereich politischer Beteiligung konfrontiert? Gibt es konkrete Hindernisse, die einem kommunalpolitischen Engagement entgegenstehen?](#)

Ein großes Hindernis stellt der Fraktionszwang da. Zwar braucht frau sich nicht mehr einlesen in die Thematik, wenn die Fraktion die Entscheidung vorgibt – jedoch stellt sich das Demokratieverständnis an dieser Stelle in Frage.

Ein weiterer Hemmschuh ist die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Gibt es zu pflegende Angehörige in der Familie, obliegt diese Aufgabe in der Regel den Frauen, so dass kaum Zeitressourcen für ein kommunalpolitisches Amt bleiben. Viele Frauen haben zudem Arbeitgeber, die sie für ein solches Amt nicht freistellen (können). Dazu kommt, dass die Aufwandsentschädigung oft zu niedrig ist. Der finanzielle Ausgleich wird benötigt, um andere Aufgaben vergeben zu können (Haushaltshilfe, Pflegekraft für Kinder oder Eltern).

Die Sitzungszeiten sind zu starr, sie passen nicht für Frauen mit schulpflichtigen Kindern. Des Weiteren ist meist ein zweites Auto erforderlich, da ein politisches Ehrenamt im ländlichen Raum mit weiten Wegen verbunden ist.

Die Frauen, die bereits ein Ehrenamt innehaben, sind oftmals nicht bereit, eine Parteimitgliedschaft einzugehen, um in der Kommunalpolitik mitzuwirken. Gründe hierfür sind die Doppelbelastung und das Neutralitätsgebot der LandFrauen.

Politik wird noch als männlich dominiert angesehen (Posten als „Erbhöfe“). Möchte frau in die Politik, mangelt es häufig an der Akzeptanz in der eigenen Familie. In Stadt- und Gemeinderäten werden Frauen zwar gesucht, von den Männern aber oft nicht vollumfänglich akzeptiert.

Manche Frauen trauen sich ein kommunalpolitisches Amt nicht zu, bei dem man selbstverständlich in der Öffentlichkeit steht und auch mit Angriffen im eigenen Umfeld umgehen muss.

3) Welche Bedingungen müssten sich verändern, damit eine höhere politische Beteiligung Ihrer Interessensgruppe in der Kommunalpolitik erreicht werden kann?

Betreuungsmöglichkeiten für Kinder/ Pflegebedürftige müssten besser werden. Wenn es sich in der Familie organisieren lässt, dass Partner und z.B. Schwiegereltern Aufgaben der Familien- und Hausarbeit übernehmen, ist es wesentlich einfacher. Grundsätzlich fehlt es immer noch an Wertschätzung der Gesellschaft für kommunalpolitisches Engagement.

Anpassung der Sitzungszeiten, gemeint sind passende Zeiten für Mandatsträger, nicht für Verwaltungsbeamte.

Höhere Aufwandsentschädigung (siehe Frage 2)

Die Mandatszeit müsste in der Rentenbiographie berücksichtigt werden wie Kindererziehungs- oder Pflegezeiten.

Wünschenswert ist eine persönliche und fachliche Fortbildung als Vorbereitung auf ein politisches Amt und mehr Transparenz für Frauen über die politische Arbeit bzw. Themen in der Kommune.

4) Gibt es eine spezifische zusätzliche Belastung kommunaler Mandatsträgerinnen und Mandatsträger? Falls ja, wie kann diese bei politischen Lösungsansätzen berücksichtigt werden?

Oftmals sind es Frauen, die erst alles so organisieren (Kinder, Pflege), dass sie ihr Ehrenamt ausfüllen können. Sie „schaufeln“ sich frei! Männer haben einen Termin und fahren einfach hin.

Als Teilzeitbeschäftigte fallen die Rats- und Fraktionszeiten in die Freizeit. In einigen Berufen oder Tätigkeiten sind Freistellungen möglich – auch für die zeitaufwendige Vorbereitung des Sichtens und Lesens aller Sitzungsunterlagen, was zusätzlich durch die Verwaltungssprache erschwert wird.

Die Mandatsträgerinnen stehen ständig persönlich im Fokus der öffentlichen Meinung.

Oftmals fehlt das Miteinander von Mandatsträgerinnen und Verwaltung auf Augenhöhe, z. B. wenn bei der Verwaltung Fragen zu den Unterlagen gestellt werden, werden die Frauen zum Teil abwertend behandelt, als wären sie der Verwaltung lästig.

Lösungsansätze:

- Digitale Unterlagen und Kostenübernahme für die notwendige Hardware durch die Kommune
- Neue Kommunikationskanäle nutzen, z. B. Videokonferenzen
- Frühzeitige (schulische) Heranführung an demokratische Prozesse (Schülermitverwaltung, Kinderparlament)
- Stärkung des Selbstbewusstseins durch Coaching / Schulungen / Mentor*innen

5) Welche Rolle spielt die Digitalisierung? Kann Digitalisierung kommunalpolitische Teilhabe und kommunalpolitisches Engagement verändern?

Die Digitalisierung spielt in jedem Fall eine große Rolle. Sie erleichtert Frauen die Übernahme eines kommunalpolitischen Ehrenamts. Voraussetzung dafür ist Breitband bis zur letzten Milchkanne! So könnten zeitsparende Videokonferenzen durchgeführt und Zugangsberechtigungen zu Zeitungs-Abonnements und Newslettern eingerichtet werden.

Gäbe es beispielsweise einen Zuschuss zur Anschaffung von Laptop oder Tablett, könnten alle Unterlagen digital versendet werden. Dies könnte in einigen Ausschüssen gegebenenfalls schwierig werden, da große Dateiformate eingesehen werden müssen, z. B. Bauausschuss → Pläne Bauzeichnungen etc. Dieses Problem könnte aber durch eine interne Plattform der Verwaltung mit Zugangsberechtigung für die MandatsträgerInnen behoben werden.

Für das Handling von Hard- und Software fehlt oft das professionelle Wissen. Hier wären Schulungen notwendig. Diese sind wiederum zeitaufwendig!!!

Die ständige Erreichbarkeit über Handy wird dabei oftmals als großer Nachteil gesehen.

6) Wie viel Einfluss haben die Rahmenbedingungen, wie z. B. steigender Zeitaufwand und Aufgabenvielfalt? Welche Angebote würden Ihrer Meinung nach Personen Ihrer Interessensvertretung eine politische Partizipation auf kommunaler Ebene erleichtern?

Um sich eine eigene Meinung bilden zu können, wird viel Zeit für das Einsehen und Lesen von Sitzungsunterlagen benötigt. Man muss die Sachverhalte erfassen und verstehen, um sie aus unterschiedlichen Perspektiven betrachten zu können. Es ist oftmals unverhältnismässig, was in kurzer Zeit erarbeitet werden soll und vorausgesetzt wird. Laien brauchen hier Unterstützung, Sachverhalte schneller zu erfassen. Für Mandatsträger kleiner Parteien sind die zu sichtenen Unterlagen noch umfangreicher, da sie noch mehr Ausschüssen angehören.

Weiterbildungsangebote für MandatsträgerInnen erhöhen gerade für EinsteigerInnen den Erfolgsfaktor und damit auch die Zufriedenheit: z.B. Seminare, Webinare, E-learning

Wenn möglich, sollte man sich die Ausschüsse aussuchen können, in denen man Mitglied ist, um die Motivation zu erhöhen, sich mit den Unterlagen zu befassen.

Auch ein Bürokratieabbau wäre wünschenswert.

7) Welche Rolle spielt die gesellschaftliche Wertschätzung bei der Ausübung eines kommunalpolitischen Mandats?

Die gesellschaftliche Wertschätzung spielt grundsätzlich eine große Rolle. Die Antwort fällt sicherlich sehr individuell aus, je nachdem, was der/die Mandatsträger/in aus dem politischen Ehrenamt machen möchte: konstruktive Mitarbeit vor Ort oder Karriere in übergeordneten Ebenen. In der Regel ist die Wahrnehmung eines Ehrenamtes mehr davon bestimmt, an der Sache mitzuarbeiten bzw. das Umfeld im eigenen Ort mitzugestalten.

Die Wertschätzung hängt auch davon ab, welche Entscheidungen in der Kommune anstehen und was umgesetzt wurde. Für unbequeme Entscheidungen (z. B. Bau von Windkraftanlagen) braucht man ein dickes Fell und genügend Selbstbewusstsein, die Wertschätzung hält sich hier in Grenzen.

Man gewinnt mehr Mandatsträgerinnen, wenn die Arbeit von Familie und Gesellschaft entsprechend gewürdigt wird.

8) Welche Weiterbildungs- oder medienpolitischen Angebote würden Ihrer Meinung nach Personen Ihrer Interessensvertretung eine politische Beteiligung in der Kommune erleichtern?

Über E-Learning, Webinare, Seminare:

- Fachliche Schulung zu Grundthemen in der Ratsarbeit
- Themenspezifische überparteiliche Fortbildung und Informationen
- Fortbildung in Medienkompetenz
- Sitzungsleitung, rotierende Sitzungsleitung

Basics in der Persönlichkeitsbildung (Rhetorik, Teamarbeit...)

Kostenfreier Zugang zu Medien (Bücher, Zeitungen, Zeitschriften online!)

SpeedDating mit Mandatsträgern

Coaching, Mentoring

Politische Bildung und Mitwirkung in Schulen, z. B. Jugendparlament

„Frauenparlament“ analog zum Jugendparlament: Planspiel für interessierte Frauen als Schnupperkurs

9) Welche politischen und gesellschaftlichen Forderungen hat die von Ihnen vertretene Interessengruppe an die politischen Akteure, um die Unterrepräsentanz von sozialen Gruppen im kommunalpolitischen Ehrenamt abzumildern?

Eine grundsätzliche höhere Wertschätzung für die Care Arbeit und bisher unbezahlten Familienleistungen für Frauen

Parität in Parteien (keine Quote in der Listenaufstellung, sondern Parität)

Transparenz politischer Agenden und Entscheidungen

Bürgerbeteiligungen in Sitzungen erleichtern

Livestream aus den Kommunalparlamenten

Schulen ins Parlament (ähnlich den Schulbesuchen bei Amts oder Landgerichtsverhandlungen)

Sachkundige Bürger auf Zeit

Auflösung von „oldboys network“

Anerkennungskultur schaffen!

Netzwerk politisch interessierter/aktiver Frauen fördern